

Frauen- und geschlechterpolitische Forderungen im Bundestagswahlprogramm 2009

Im Bereich Wirtschaft:

Gleichstellung am Arbeitsmarkt ist die Voraussetzung für wirtschaftliche Dynamik und Innovation. Deshalb fordern wir:

- Verwirklichung der **Lohngleichheit** durch engagierte Maßnahmen wie z. B.
 - ein Echtes Verbandsklagerecht im Antidiskriminierungsgesetz,
 - die Überarbeitung der Eingruppierungskriterien des Öffentlichen Dienstes,
 - ein effektives und flexibles Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, mit Personalentwicklungsplänen und klaren Zielvorgaben für Einstellung, Qualifizierung und Beurteilung.
- Unternehmen, die Gleichstellung ernst nehmen, sollen bei der Auftragsvergabe bevorzugt werden.
- eine 50% Quote für Frauen in Aufsichtsräten, denn heterogen zusammengesetzte Gremien üben ihre Kontrollfunktion effektiver aus.
Mit einer Datenbank für Bewerberinnen, wollen wir dieses Vorhaben unterstützen.
- Mehr Frauen in Vorstände von Unternehmen, denn mehr Diversity trägt zum wirtschaftlichen Erfolg bei.
- mehr Frauen als Unternehmerinnen
- eine Arbeitskultur und Arbeits(zeit)modelle für Männer und Frauen, die die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit erleichtert.
- mehr Frauen in existenzsichernde Arbeit, für eine soziale Absicherung und Armutsvermeidung.
- ein gesetzlicher Mindestlohn, denn gerade in schlecht bezahlten Branchen arbeiten sehr viele Frauen.
- das Progressivmodell bei den Sozialabgaben, das speziell kleinere Einkommen entlastet.
- Zugang zur aktiven Arbeitsmarktpolitik für alle Frauen, unabhängig von einem Anspruch auf Arbeitslosengeld II
- geschlechtersensible Beratung und Unterstützung bei der Arbeitssuche und bessere Wiedereinstiegsprogramme nach einer Familienphase.

Im Bereich Soziales:

Wir wollen einen Umbau der Sozialversicherungen und des Steuersystems und eine perspektivische Abschaffung aller vom Partner abgeleiteten Ansprüche zugunsten einer individuellen Absicherung:

- das Ehegattensplitting, die Steuerklassen 3 und 5, die Subventionierung von Minijobs und die kostenfreie Mitversicherung von EhegattInnen sollen perspektivisch wegfallen.
- Abschaffung der partnerabhängigen Leistungsberechnung im Falle der Langzeitarbeitslosigkeit.

Das neue Unterhaltsrecht fordert von Geschiedenen, sich zügig um eigene Erwerbstätigkeit zu kümmern. Um diese zu ermöglichen brauchen wir:

- den zügigen Ausbau der Infrastruktur bei Kinderbetreuung, frühkindlicher Bildung und haushaltsnahen Dienstleistungen
- die Flexibilisierung der Arbeitszeiten für Eltern und eine familienfreundliche Arbeitskultur
- Übernahme der Verantwortung für Familienarbeit durch die Väter

Im Bereich Gesundheit:

Wir setzen uns für eine Gesundheitspolitik ein, die die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern wahrnimmt und ihnen gerecht wird. Dafür brauchen wir:

- eine geschlechtergerechte Gesundheits- und Pharmaforschung
- die grüne Bürgerversicherung, die alle in die Krankenversicherung einbezieht
- eine gezielte HIV- Prävention bei Männern, die Sex mit Männern haben und bei MigrantInnen
- Geschlechtsspezifische Therapie- und Hilfeangebote auch in der Drogenpolitik

Wir wollen dass Frauen auch während der Schwangerschaft, Geburt und der Zeit danach selbstbestimmt handeln können. Wesentliche Elemente dafür sind:

- Beratung, Betreuung durch ein gleichberechtigtes Team aus Hebamme und Ärztin oder Arzt,
- der Ausbau stillfreundlicher Kliniken
- die deutliche Senkung der ungewollten Kaiserschnitte

Im Bereich Alterssicherung:

Der Umbau des Sicherungssystems im Alter muss geschlechtergerecht erfolgen. Wir fordern:

- ein obligatorisches Rentensplitting bereits während der Ehe. Gemeinsame Anwartschaften werden monatlich auf beide Partner verteilt. Eigene Ansprüche können so aufgebaut werden und die Erwerbsarbeit von Frauen wird begünstigt.
- die Reduzierung der Witwenrente entsprechend dem Aufbau eigener Ansprüche.
- die verdeckte Armut von Frauen im Alter muss durch eine Aufstockung der Rente überwunden werden.

Im Bildungsbereich:

Bildungseinrichtungen müssen alle Kinder und Jugendliche entsprechend ihrer Begabungen fördern, unabhängig vom Geschlecht und Herkunft. Wir wollen:

- junge Frauen und junge Männer darin unterstützen, bei der Ausbildungs-, Studienplatz- und Berufswahl verstärkt neue Wege auszuprobieren
- eine bessere und geschlechtssensible Berufsberatung
- dass Genderkompetenz als fester Bestandteil in der ErzieherInnenausbildung Eingang findet und eine bessere Bezahlung für diese Berufe
- eine Erhöhung des Anteil der Männer beim pädagogischen Personal in Kitas und Grundschulen

In der Wissenschaft

Wir setzen uns für mehr Wissenschaftlerinnen ein. Dazu soll:

- die Forschungs- und Institutionsförderung an verbindliche Gleichstellungsziele geknüpft werden. Genderfragen sollen zu einem selbstverständlichen Teil von Forschungsfragen werden
- eine konsequente Frauenförderung auch an der Spitze von Hochschulen sicher gestellt werden
- Wissenschaft als attraktives Berufsfeld auch für Menschen mit Familienpflichten gestaltet werden.

Im Bereich „Neues Miteinander“

Stehen wir für:

- den bedarfsgerechten Ausbau der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen
- eine Erhöhung des Sockelbetrag für Geringverdienende beim Elterngeld
- eine deutliche Ausweitung der Partnermonate
- eine 3-monatige Pflegezeit (ähnlich der Elternzeit) für Organisation der Pflege Angehöriger oder Sterbebegleitung

Im Bereich Migrantinnen:

Wir wollen die Potentiale junger Migrantinnen sichtbar machen und setzen uns ein für:

- die Stärkung von Migrantinnennetzwerken
- die Erhöhung des Migrantinnenanteils im Öffentlichen Dienst
- eine erleichterte Anerkennung von Berufsabschlüssen, die nicht in Deutschland erworben wurden
- bessere und mehr Sprachkurse für MigrantInnen beim Ehegattennachzug nach der Einwanderung hier in Deutschland und Abschaffung der Sprachtests bereits vor der Einreise
- Muslime müssen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen.
- Mädchen und Frauen dürfen nicht unter Druck gesetzt werden Kopftuch zu tragen.

Justiz

- Aktive Frauenförderung bei der Wahl der Richterinnen und Richtern an Bundesgerichten.

Im Bereich Demokratie.

Eine Demokratie ist dann stark, wenn Frauen und Männer gleichermaßen in ihren Parlamenten vertreten sind. Deshalb fordern wir:

- die Einführung eines Paritätsgesetzes, dass die Grundlagen für eine gleiche Beteiligung von Frauen und Männern fördert.

Im Bereich der Gewaltprävention und -bekämpfung

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist weiterhin ein großes gesellschaftliches Problem:

Wir fordern:

- die Frauenhausfinanzierung muss staatliche Pflichtaufgabe werden. Der Bund muss gemeinsam mit den Ländern wirksamen Schutz und Unterstützung gewaltbetroffener Frauen und Kinder sichern.
- die Änderung des Meldegesetzes, die erlaubt, dass Frauen nur unter der Postadresse eines Frauenhauses gemeldet sein brauchen

- eine solide Erforschung der Ausprägungen der Gewalt, die gegen Männer verübt wird
- die ausdrückliche Aufnahme der Genitalverstümmelung ins Strafgesetzbuch und eine umfassende Informationskampagne.

Frauenhandel und Zwangsprostitution werden wir bekämpfen und die Opfer stärken. Dies erreichen wir durch:

- einen verbesserten Zeuginnenschutz,
- ein dauerhaftes Bleiberecht und Perspektiven für die Opfer
- Beschlagnahme der Gewinne aus Frauen- und Menschenhandel und deren Einsatz zum Wohle der Opfer

Im Bereich Prostitution

fordern wir:

- Freier von Zwangsprostituierten strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.
- die Umsetzung des Prostitutionsgesetzes in den Bundesländern energisch voranzutreiben
- die Beratungs- und Ausstiegsangebote für Prostituierte deutlich zu erhöhen.
- arbeitsrechtliche Mindeststandards in der Prostitution und die Abschaffung des Vermieterprivilegs

Körperliche Selbstbestimmung

Jede Frau soll sich für oder gegen eine Schwangerschaft ohne Zwang und gesellschaftlichen Druck entscheiden können; deshalb brauchen wir ein

- breit gefächertes freiwilliges Beratungsangebot und Unterstützung
- keine Pflichtberatung
- keine Kriminalisierung und strafrechtliche Verfolgung von Abbrüchen
- Die „Pille danach“ muss rezeptfrei erworben werden können

Im Bereich Internationales:

Ohne Frauen auf allen Ebenen und in allen Fragen der Krisenprävention und Konfliktbewältigung einzubeziehen, ist kein Frieden zu machen. Dazu braucht es:

- die Anerkennung der Rolle der Frauen bei Konfliktbewältigung, Prävention und Wiederaufbau
- die konsequente Umsetzung der UN Resolutionen 1325 und 1820.
- den Ausbau der Infrastruktur zur Hilfe von traumatisierten Frauen
- einen Nationalen Aktionsplan zur geschlechtersensiblen Außen- und Sicherheitspolitik, sowie nationale und internationale Monitoringstellen.
- die Aufwertung des UN-Frauenrechtskonventionsausschuss und seiner Instrumente.

Für alle Themenbereiche:

gilt: die konsequente Anwendung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting muss eingehalten werden.